

Dunkles Kapitel neu beleuchtet

70 Jahre Approbationsentzug – Gedenkveranstaltung mit Charlotte Knobloch

Ihrer Vergangenheit besinnen sich viele Firmen und Organisationen vor allem dann, wenn sie ruhmreich und dem eigenen Ansehen zuträglich ist. Dunkle Kapitel blendet man gerne aus. Anders die Kassenzahnärztliche Vereinigung Bayerns, die Bayerische Landes Zahnärztekammer, der Zahnärztliche Bezirksverband München Stadt und Land, die Kassenärztliche Vereinigung Bayerns und der Ärztliche Kreis- und Bezirksverband München. Sie stellen sich gemeinsam aktiv der eigenen Geschichte und beleuchten die Rolle, die Ärzte, Zahnärzte und ihre Standesorganisationen während des NS-Regimes gespielt haben.

Am 30. Januar 2009 gedachten sie gemeinsam des 70. Jahrestages des Entzugs der Approbation jüdischer Zahnärzte, Dentisten, Tierärzte und Apotheker durch die Nationalsozialisten. Eine Ausstellung im Münchner Zahnärzthehaus erinnert noch bis zum 13. März „pars pro toto“ an das Schicksal von über 9000 jüdischen Mediziner in Deutschland. Die Schirmherrin der Ausstellung im Zahnärzthehaus ist Charlotte Knobloch, die Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland. Trotz eines übervollen Terminkalenders ließ sie es sich nicht nehmen, bei der Gedenkstunde und Eröffnung der Ausstellung selbst zugegen zu sein. Knobloch scheute sich nicht, die Dinge beim Namen zu nennen: „Der hippokratische Eid wurde in Auschwitz zum Meineid.“ Ärzte und andere Heilberufe seien überdurchschnittlich in die Naziverbrechen verstrickt gewesen – und das, obwohl sie aufgrund ihres Berufsethos' allen Grund gehabt hätten, sich den neuen Machthabern zu widersetzen. Es habe entgegen anderer Behauptungen durchaus Handlungsspielräume gegeben und zwar „ohne Gefahr für Leib und Leben“, wie Knobloch betonte. Sie selbst verdanke ihr Überleben mutigen Deutschen, die sie vor den NS-Schergen versteckt gehalten hätten. Die höchste Repräsentantin der Juden in Deutschland sieht großen Nachholbedarf bei der Aufarbeitung der NS-Zeit. So wüssten junge Mediziner viel zu wenig über die Verstrickung von Ärzten in die Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Der Stellenwert der Medizingeschichte müsse im Rahmen der universitären Aus-



Charlotte Knobloch nahm sich trotz eines übervollen Terminkalenders Zeit, die Ausstellung „70 Jahre Approbationsentzug“ im Zahnärzthehaus München zu eröffnen. Der Vorsitzende des Vorstandes der KZVB Dr. Janusz Rat (l.) und der Präsident der BLZK Michael Schwarz (r.) begrüßten sie im Namen der Veranstalter.

bildung deutlich erhöht werden. Und noch eine klare Forderung erhob Knobloch: Die sogenannte Genfer Deklaration, eine zeitgemäße Überarbeitung des hippokratischen Eides, sollte um eine Widmung zugunsten der Opfer des NS-Regimes erweitert werden.

Freiwillige Unterordnung

Gegen euphemistische Umschreibungen im Zusammenhang mit der NS-Zeit wandte sich Professor Dr. Wolfgang Benz, Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung an der TU Berlin, in einem engagierten Vortrag. Die viel zitierte „Gleichschaltung“ von Wissenschaft und Forschung sei eine Legende. Man müsse leider vielmehr von einer freiwilligen Unterordnung der Eliten im Deutschen Reich sprechen. Aus ganz unterschiedlichen Motiven hätten sich weite Teile der Ärzte- und Zahnärzteschaft schnell mit den neuen Verhältnissen arrangiert. Eine besonders unselige Rolle habe dabei der „Reichszahnärztesführer“ Dr. Ernst Stuck (1893–1974) gespielt. „Die weltanschauliche Schulung war ab 1933 fester Bestandteil der Standespolitik“, so Benz. An der „Führerschule der deutschen Ärzteschaft“ seien die geistigen Voraussetzungen für Euthanasie, Zwangssterilisationen und Menschenversuche gelegt worden. Auch nach dem Krieg hätten Menschen wie Stuck jede Einsicht in ihr Handeln ver-

missen lassen. Die Nürnberger Rassegesetze seien „entartet“, habe Stuck in seinen nicht veröffentlichten Memoiren erklärt. Allein diese Wortwahl zeige, dass sich sein Denken nicht verändert habe. Stuck habe sich nie wirklich von Hitlers Rassenlehre distanziert.

Wachsam bleiben

Dr. Janusz Rat, Vorsitzender des Vorstandes der KZVB, schlug in seiner Rede einen Bogen in die Gegenwart. Die deutsche Demokratie müsse eine wehrhafte sein. Das sei eine der Lehren aus dem Scheitern der Weimarer Republik. „Wir brauchen den Mut zur Intoleranz gegenüber denen, die die Demokratie gebrauchen wollen, um sie umzubringen“, zitierte Rat Carlo Schmid, einen der Väter des Grundgesetzes. Der deutsche Staat müsse härter gegen Neonazis und Rechtsradikale vorgehen, als dies bislang der Fall sei. Rat regte an, auch noch einmal über ein NPD-Verbot nachzudenken. Es brauche stete Wachsamkeit für Fehlentwicklungen in der Gesellschaft. Gelebte Werte seien die beste Schutzimpfung gegen jede Form des Extremismus. „Diese Gedenkstunde und die Ausstellung, die wir heute eröffnen, sind ein Appell an Empathie und Mitgefühl, ein Appell, die Schranke zur Unmenschlichkeit in sich wahrzunehmen und niemals mehr zu überschreiten“, schloss Rat seine bewegende Rede. Dass ihr die Ausstellung ein persönliches Anliegen ist, brachte auch Regine Beer durch ihre Anwesenheit zum Ausdruck. Die Stiefschwiegertochter des Zahnarztes Dr. Erich Knoche, der nach dem Entzug seiner Approbation nach Bolivien emigrierte, hatte umfangreiches Material zur Verfügung gestellt.



Freute sich über die Begegnung mit Charlotte Knobloch: Regine Beer, Stiefschwiegertochter des jüdischen Zahnarztes Dr. Erich Knoche, der nach dem Approbationsentzug nach Bolivien emigrieren musste.

Das tausendfache Unrecht dürfe niemals in Vergessenheit geraten.

Wider das Vergessen richtet sich auch eine Gedenktafel im Zahnärztehaus München, die nach der Gedenkstunde von Charlotte Knobloch enthüllt wurde. In einem ersten Schritt sind darauf die Namen der jüdischen Zahnärzte aus München verewigt, die vom Approbationsentzug betroffen waren. Nach und nach soll die Liste um die Betroffenen aus dem übrigen Bayern ergänzt werden. Verpflichtungen aus der Vergangenheit – die bayrischen Zahnärzte nehmen sie an. Die Ausstellung im Zahnärztehaus München, Fallstraße 34, ist noch bis zum 13. März montags bis freitags von 9 bis 16 Uhr zu besichtigen.

Leo Hofmeier

Genfer Deklaration

Die „Genfer Deklaration“ wurde 1948 auf der zweiten Generalversammlung des Weltärztebundes in Genf als zeitgemäße Überarbeitung des hippokratischen Eides verabschiedet. Ein Beweggrund war das moralische Versagen vieler Mediziner während der NS-Zeit. 23 Ärzte mussten sich bei den Nürnberger Prozessen verantworten, sieben wurden zum Tode verurteilt.

Ich gelobe feierlich mein Leben in den Dienst der Menschlichkeit zu stellen;

Ich werde meinen Lehrern die Achtung und Dankbarkeit erweisen, die ihnen gebührt;

Ich werde meinen Beruf mit Gewissenhaftigkeit und Würde ausüben;

Die Gesundheit meines Patienten soll oberstes Gebot meines Handelns sein;

Ich werde die mir anvertrauten Geheimnisse auch über den Tod des Patienten hinaus wahren;

Ich werde mit allen meinen Kräften die Ehre und die edle Überlieferung des ärztlichen Berufes aufrechterhalten; Meine Kolleginnen und Kollegen sollen meine Schwestern und Brüder sein;

Ich werde mich in meinen ärztlichen Pflichten meinem Patienten gegenüber nicht beeinflussen lassen durch Alter, Krankheit oder Behinderung, Konfession, ethnische Herkunft, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, politische Zugehörigkeit, Rasse, sexuelle Orientierung oder soziale Stellung;

Ich werde jedem Menschenleben von seinem Beginn an Ehrfurcht entgegenbringen und selbst unter Bedrohung meine ärztliche Kunst nicht in Widerspruch zu den Geboten der Menschlichkeit anwenden;

Dies alles verspreche ich feierlich, frei und auf meine Ehre.